

Stand: 10.05.2024 08:41:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2878

"ANKER-Einrichtungen durch konsequente Rückführung überflüssig und Schwaben zur Modellregion für Remigration machen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2878 vom 04.07.2019
2. Beschluss des Plenums 18/2920 vom 04.07.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

ANKER-Einrichtungen durch konsequente Rückführung überflüssig und Schwaben zur Modellregion für Remigration machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die sogenannten ANKER-Zentren durch konsequente Ausschöpfung aller rechtlich zulässigen Möglichkeiten obsolet zu machen und aufzulösen.

Dazu ist auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass

1. die deutschen Außengrenzen effektiv geschützt werden, solange der Schutz der EU-Außengrenzen nicht funktioniert;
2. die rechtsstaatliche Ordnung an den deutschen Grenzen wiederhergestellt wird.

Dazu sind auf Landesebene

1. alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten zur Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern konsequent umzusetzen;
2. falsche Anreize zur Integration von Asylbewerbern mit schlechter Bleibeperspektive zu unterlassen;
3. zum Schutz der abgelehnten alleinstehenden, weiblichen Asylbewerber und ihrer Kinder diese bis zu ihrer Rückführung in ihre Heimatländer in separaten Abschiebezentren unterzubringen;
4. schulpflichtige Kinder in den Unterkünften möglichst in ihrer Muttersprache zu unterrichten sowie
5. Remigrationsbeauftragte vor Ort mit der Beratung von abgelehnten Asylbewerbern zu betrauen, damit eine reibungslose Remigration in deren Heimatländer gelingen kann.

Begründung:

Die Situation im sogenannten ANKER-Zentrum in Donauwörth ist unter anderem deshalb außer Kontrolle geraten, weil die dort untergebrachten abgelehnten Asylbewerber nicht effektiv und in ausreichender Zahl abgeschoben werden. Denn die weit überwiegende Zahl aller Rückführungen scheitert aus den verschiedensten Gründen.

Die dezentrale Unterbringung in Dependancen verlagert die Probleme nur in andere Gemeinden und wird dort in kurzer Zeit zu denselben Missständen führen. Die Anwohner in Mering beispielsweise sind schon jetzt sehr beunruhigt und befürchten eine drastische Verschlechterung ihrer Sicherheitslage. Die Sorgen der Bevölkerung im Umfeld solcher Zweigstellen müssen ernst genommen werden.

Ausschreitungen und Straftaten, wie sie in Donauwörth vorgekommen sind, können vermieden werden, wenn negativ beschiedene Asylbewerber zügig und konsequent abgeschoben werden.

Integrative Fehlanreize sind zu unterbinden, da hiermit uneindeutige Signale gesendet werden, die bei den abgelehnten Asylbewerbern falsche Hoffnungen wecken.

Alleinstehende Frauen und Kinder sind besonders schutzbedürftig, weshalb sie vor Übergriffen innerhalb der Einrichtung zu schützen sind.

Schulpflichtige Kinder in den Einrichtungen haben einen Anspruch auf einen Schulunterricht. Dieser hat möglichst in ihrer Heimatsprache zu erfolgen, um den schulischen Erfolg nach der Rückkehr ins Heimatland nicht zu gefährden.

Vielmehr sind Remigrationsbeauftragte vor Ort zu installieren, die den abgelehnten Asylbewerbern dauerhafte Bleibeperspektiven in ihren Heimatländern aufzeigen.

Da das ANKER-Zentrum in Donauwörth aufgelöst werden soll, eignet sich diese Einrichtung als Vorbild für ganz Bayern. Durch konsequente Abschiebung der ausreisepflichtigen Asylbewerber können dezentrale Unterbringungen und Einrichtungen, wie z. B. in Mering, noch komplett vermieden werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/2878

ANKER-Einrichtungen durch konsequente Rückführung überflüssig und Schwaben zur Modellregion für Remigration machen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Ulrich Singer

Abg. Karl Straub

Abg. Alexandra Hiersemann

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Toni Schuberl

Abg. Martin Hagen

Staatsminister Joachim Herrmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was in Schwaben gut ist, passt auch für den Rest Bayerns - ANKER-Einrichtungen auflösen (Drs. 18/2845)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)

ANKER-Einrichtungen durch konsequente Rückführung überflüssig und Schwaben zur Modellregion für Remigration machen (Drs. 18/2878)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Gülseren Demirel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben letzte Woche die schöne Nachricht erhalten, dass der Umzug der Anker-Einrichtung von Donauwörth nach Kempten nicht stattfindet, sondern dass man sich geeinigt hat, Flüchtlinge dezentral unterzubringen – das bedeutet mehrere kleine Standorte – und dass man das große Massenlager in Donauwörth schließen will. Das ist eine gute Nachricht. Wir waren über diese Nachricht erfreut. Wir haben uns auch gefragt, was das Argument dafür sein könnte. Ist die CSU von ihrem eigenen Projekt nicht mehr überzeugt, oder hat es vielleicht etwas damit zu tun, dass dort ein CSU-Politiker lebt und der richtige Druck ausgeübt worden ist? – Das würde wiederum bedeuten, dass auch CSU-Politiker von ihrem Projekt nicht überzeugt sind. Das Ergebnis ist aber gut; denn es bedeutet, dass es diese großen Einrichtungen in dieser Form in Schwaben nicht geben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein Gewinn für uns alle, für die Bevölkerung und natürlich für die Geflüchteten. Wir führen diese Diskussion schon seit Langem: Dezentrale Unterkünfte kosten die Bevölkerung weniger und sind eine Rückkehr zu einer humanen Flüchtlingspolitik. Sie bedeuten mehr Integration, was auch sehr wichtig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In vielen Kommunen sind Flüchtlinge wichtige Arbeitskräfte, wenn sie arbeiten dürfen. Kürzlich gab es einen Fall in Mammendorf, der durch die Presse ging. Dort hat ein Flüchtling im Schwimmbad der Kommune gearbeitet. Auf einmal wurde ihm die Arbeitserlaubnis entzogen. Da dieser Flüchtling aber im Schwimmbad dringend gebraucht wurde, hat die Kommune die Schwimmbadöffnungszeiten nicht mehr halten können und konnte den Betrieb dieses Schwimmbads nur noch eingeschränkt aufrechterhalten.

Das bedeutet: Dezentrale, kleinräumige Einrichtungen machen auch das Ankommen und die Einbindung der Menschen in den Kommunen viel einfacher. Dagegen haben sich Anker-Einrichtungen nicht bewährt. Sie sind Verwahranstalten auf engstem Raum und erreichen das Gegenteil. Für viele Geflüchtete in Bayern ist das Anker-Zentrum zum Dauerzustand geworden, weil die Verweildauer darin sehr lange ist. Kolleginnen und Kollegen, ich nenne das einen Dauerzustand der Hoffnungslosigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz schrecklich ist, dass davon ganz besonders Kinder betroffen sind. Ich selbst habe fast alle Anker-Einrichtungen in Bayern besucht und habe dort kleine Kinder getroffen, die zwei oder drei Jahre alt sind und seit ihrer Geburt in dieser Einrichtung leben müssen, ohne soziale Kontakte zu der Welt außerhalb dieser Kaserne. Kolleginnen und Kollegen, hat das noch etwas mit Humanität zu tun?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich war auch in Anker-Einrichtungen und habe gesehen, wie toll dort gearbeitet wird!)

– Frau Kollegin, Sie können das belächeln. Ich würde Ihnen empfehlen, auch einmal hinzugehen. – Nicht nur die Kinder leiden unter den psychischen Belastungen. Der dortige Stress führt zu Retraumatisierungen und zur Verfestigung psychischer Erkrankungen. Das Projekt SoulTalk leistet in der Anker-Einrichtung in Schweinfurt seit zwei Jahren mit Spendengeldern eine hervorragende Arbeit. Sie hat von der Staatsregierung dafür keinen einzigen Cent Unterstützung bekommen. Dieses Projekt hat aufgedeckt, wie viele Geflüchtete in den Anker-Zentren vor dem Suizid stehen. Anstelle von Hilfe bekommen sie Überwachung, Kontrollen, Besuchsverbote und Stacheldrahtzäune.

Aber der Protest gegen die Anker-Zentren wächst. Das macht mir Hoffnung. Eine erste Kehrtwende, siehe Schwaben, ist in Sicht. Die Stadt Kempten hat sich gegen eine Anker-Einrichtung ausgesprochen, und vor zwei Wochen hat sich auch die Stadt München gegen eine Anker-Einrichtung ausgesprochen. Ich fordere alle Städte und Gemeinden auf, es ihnen gleichzutun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER, nehmen Sie die Signale aus den Kommunen ernst! Kehren Sie zu einer humanen Flüchtlingspolitik zurück! Folgen Sie Schwaben, und schließen Sie unverzüglich alle Anker-Einrichtungen in Bayern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Demirel. – Ich gebe bekannt, dass die AfD-Fraktion für ihren Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Das Wort hat Herr Abgeordneter Ulrich Singer für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt.

Für unsere Sicherheit sind effektive Einreisekontrollen und die Sicherung unserer Grenzen unerlässlich. Wer ohne Papiere kommt, muss an der Grenze aufgehalten werden. Wir sollten niemanden mit völlig ungeklärter Identität und Nationalität einreisen lassen. [...]

Jeder Staat hat das souveräne Recht, zu bestimmen, wer ins Land darf und wer nicht. Wir dulden keine illegalen Grenzübertritte.

(Beifall bei der AfD)

Im Interesse unserer Bürger und unserer Sicherheit müssen wir wissen, wer sich bei uns aufhält. Dafür sind strikte und effektive Einreisekontrollen erforderlich. Solange der Schutz der EU-Außengrenzen nicht funktioniert, ist weiterhin die Kontrolle der deutschen Binnengrenzen erforderlich.

Wer nicht bleiben darf, muss gehen.

Illegale Einwanderung muss unterbunden werden. Wer kein Bleiberecht hat, muss das Land verlassen. Abgelehnte Asylbewerber müssen so rasch wie möglich in ihre Heimatstaaten zurückkehren.

Liebe Kollegen von der CSU, ich hätte mir von Ihnen Applaus erwartet, weil ich hier aus Ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 zitiere.

(Alexander König (CSU): Darauf können wir gerne verzichten!)

Liebe Grüninnen, in einem Ziel sind wir uns einig: Die Anker-Zentren sind aufzulösen. In einem Punkt haben Sie sogar recht: Die eigentliche Aufgabe der Anker-Zentren, nämlich beschleunigte Verfahren und kürzere Aufenthalte, konnten nicht erreicht wer-

den. Ein Grund dafür ist, dass die Rückführungen nicht hinreichend konsequent umgesetzt werden und in der weit überwiegenden Zahl – wir reden hier von weit über 80 % – scheitern. Um das gemeinsame Ziel zu erreichen, gibt es ganz einfache Möglichkeiten: Die Schließung der Anker-Zentren können wir erreichen, indem wir erstens die Grenzen schützen und zweitens konsequent abschieben, und zwar so lange, bis die Anker-Zentren obsolet werden.

(Beifall bei der AfD)

Mit der von Ihnen geforderten dezentralen Unterbringung würden Sie die massiven Probleme, die wir bereits jetzt in den Anker-Zentren rund um Donauwörth erleben, noch weiter in die Fläche tragen. Frau Kollegin Demirel, offensichtlich haben Sie nicht verstanden, dass Anker-Zentren nicht dazu da sind, abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber in Deutschland noch besser zu verankern. Hier geht es nicht um Integration. Vielmehr stehen die Buchstaben für "Ankunft", "Entscheidung" und "Rückführung". Daher sind bei dieser Personengruppe integrative Fehlanreize zu vermeiden; denn diese würden bei abgelehnten Asylbewerbern falsche Hoffnungen auf eine nicht vorhandene Bleibeperspektive vermitteln.

Alleinstehende ausreisepflichtige Asylbewerberinnen und Kinder sind besonders schutzbedürftig, weshalb sie vor Übergriffen innerhalb der Einrichtung durch eine Unterbringung in separaten Unterkünften zu schützen sind. Schulpflichtige Kinder in den Unterkünften haben einen Anspruch auf Schulunterricht, und dieser sollte möglichst in der Heimatsprache erfolgen, um den schulischen Erfolg nach der Rückkehr ins Heimatland nicht zu gefährden. Anstelle von Integrationslotsen sind vor Ort Remigrationsbeauftragte zu installieren, die den abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylbewerbern dauerhafte Bleibeperspektiven in ihren eigenen Heimatländern aufzeigen.

(Beifall bei der AfD)

Liebe Kollegen von der CSU, zurück zu Ihrem Wahlprogramm: Der Schutz der Außengrenzen der EU funktioniert noch immer nicht. Nehmen Sie daher die berechtigten

Sorgen der Bürger ernst, und setzen Sie sich endlich auf Bundesebene für einen effektiven Schutz der deutschen Grenzen ein! Sorgen Sie vor allem unter Ausnutzung aller rechtlich zulässigen Möglichkeiten für eine konsequente Rückführung der abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylbewerber.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

Den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN lehnen wir nachdrücklich ab. Wir bieten aber mit unserem Dringlichkeitsantrag eine gute Alternative an.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat Herr Kollege Karl Straub von der CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Behandlung eines Antrags, in dem die Anker-Zentren wieder scharf kritisiert werden, möchte ich mich zunächst ganz herzlich bei den Leuten bedanken, die in den Anker-Zentren arbeiten, bei den Ehrenamtlichen, bei den Sicherheitsdiensten und bei der Polizei. Ich habe selbst ein Anker-Zentrum in meinem Stimmkreis, das sehr gut mit den Flüchtlingen zusammenarbeitet. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was wollen die GRÜNEN mit ihrem Antrag? – Bei den GRÜNEN habe ich immer wieder den Eindruck, sie nehmen ganz im Gegensatz zur AfD einen Flüchtling, der zu uns ins Land kommt, von Haus aus als Flüchtling mit Bleibeperspektive auf.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt nicht!)

Das ist einfach nicht so, Frau Demirel. Das Ziel des Anker-Zentrums ist, schnelle Entscheidungen zu treffen. Es gibt aber beide Entscheidungen – nämlich in die eine Richtung, dass jemand bleiben darf, und in die andere Richtung, dass jemand wieder gehen muss. Bei Ihrem Antrag höre ich das nicht heraus. Das Anker-Zentrum ist nicht

in erster Linie dazu da, jeden zu integrieren, sondern dazu, diejenigen zu integrieren, die bleiben dürfen.

Bei der AfD ist das genaue Gegenteil der Fall. Sie ignorieren, dass wir viele Flüchtlinge haben, die vollkommen berechtigt zu uns kommen, weil sie Krieg und Verfolgung zu befürchten haben. Deswegen haben sie auch ein gutes Recht, bei uns zu bleiben. Bei Ihren Reden – ich möchte auf Sie gar nicht groß weiter eingehen – hört man immer wieder einen Hass auf Ausländer heraus. Ich finde das widerwärtig.

(Zurufe von der AfD: Unterstellung! Das stimmt nicht!)

Ich finde das widerwärtig, und das werden Sie sich gefallen lassen müssen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Deswegen gehe ich nicht weiter auf Ihren Antrag ein.

Was ist uns bei diesen Einrichtungen wichtig? – Wir wollen die anerkannten schutzbedürftigen Flüchtlinge – das möchte ich ausdrücklich betonen – gut bei uns integrieren und in Brot und Arbeit bringen. Wir wollen diejenigen Asylbewerber, die keinen Schutzstatus genießen und damit auch kein Recht haben, hier zu bleiben, wieder in ihre Heimat schicken – und zwar schnellstmöglich, weil das auch fair ist. Die Entscheidung, ob jemand verfolgt ist und daher einen Schutzstatus genießt oder nicht, wollen wir möglichst schnell treffen. Auch das ist für beide Seiten fair, wenn die Entscheidung, ob jemand bei uns bleiben darf oder wieder nach Hause muss, schnell getroffen wird.

Was tut die Bayerische Staatsregierung, um ihre Ziele umzusetzen? – Auch hier ein großer Dank an das Innenministerium, an unseren Innenminister Joachim Herrmann – Sie haben diese Anker-Zentren geschaffen. Wofür steht das Wort Anker? Da hat der Vertreter der AfD-Fraktion auch eines unterschlagen: Anker steht für Ankunft, für eine kommunale Verteilung, wenn Bleibeperspektiven vorhanden sind – der Redner von der AfD hat auch wieder vergessen, dass es diesen Teil gibt –,

(Zuruf von der AfD)

für Entscheidung und für Rückführung. Um diese Aufgaben zu bewältigen, arbeiten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Bundesagentur für Arbeit, die Jugendämter, die Ausländerbehörden und die Verwaltungsgerichte in den Anker-Zentren eng vernetzt zusammen.

Die Aufenthalte in den Anker-Zentren sollen im Regelfall 18 Monate und nicht länger dauern. Bei Familien mit minderjährigen Kindern, Frau Demirel, sollen es 6 Monate sein.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt aber nicht!)

Laut Koalitionsvertrag sollen nur noch diejenigen auf die Kommunen verteilt werden, für die eine positive Bleibeprognose besteht. Alle anderen sollen aus den Anker-Zentren in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Das ist auch der Sinn dieses Anker-Zentrums, Frau Demirel.

Jetzt schaue ich noch einmal auf den Antrag der GRÜNEN. Sie sehen, dass ich diesen durchaus ernster nehme

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

als den der AfD, weil er es wert ist, dass man darüber redet. Der von der AfD ist das nicht wert. Deswegen ist Ihrer aber nicht viel besser; Sie brauchen sich also nicht zu freuen.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Übrigens, zum Thema "Schwaben": In Schwaben gibt es selbstverständlich weiter das Prinzip des Anker-Zentrums. Nur werden die Flüchtlinge hier auf mehrere Dependancen verteilt. In Ingolstadt ist das übrigens auch nicht anders. Dort werden sie in Manchingham in der Kaserne und in verschiedenen anderen Einrichtungen untergebracht. Das

ist also nichts Ungewöhnliches. Diese Aussage, dass in Schwaben das Anker-Zentrum aufgelöst worden ist,

(Horst Arnold (SPD): Das ist falsch!)

stimmt so nicht. Das ist falsch.

Was wird noch gefordert: Große Gemeinschaftsunterkünfte sollen vermieden werden. Dezentrale Unterkünfte sowie Gemeinschaftsunterkünfte sind Einrichtungen im Bereich der Anschlussunterbringung. Unabhängig von der Unterakunftsgröße richtet sich die Unterscheidung dabei nach dem Betreiber. Gemeinschaftsunterkünfte werden von den Regierungen, dezentrale Unterkünfte von den Landkreisen und kreisfreien Städten betrieben.

Die großen GUs, behaupten Sie, bereiteten Probleme. Hier wird mit einem massiven Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten, mit einer bedarfsorientierten Aufstockung der Polizei und mit dem Einsatz von Gewaltschutzkoordinatoren gearbeitet. Das funktioniert auch gut.

Die Behauptung, die Integration werde im Anker erschwert, stimmt auch nicht. Bei den Menschen mit einer Bleibeperspektive kümmert man sich im Anker-Zentrum sofort um die Integration. Bei denjenigen ohne Bleibeperspektive ist die Integration eben auch nicht das erste Ziel, das verfolgt wird.

Dann sagen Sie, es würden keine Ehrenamtlichen eingebunden. Das stimmt nicht. Ich kann das anhand von Manching beurteilen. Die Ehrenamtlichen und auch die NGOs haben Zugang; das muss bloß in Abstimmung mit der Regierung erfolgen. Es ist auch durchaus sehr sinnvoll, dass das so gehandhabt wird.

Dann gibt es die Forderung, Kinder und Jugendliche in den staatlichen Schulen außerhalb der Unterkünfte zu beschulen. Auch davon habe ich mich selber überzeugt: Es macht sehr viel Sinn, diese Kinder in den zwei bis sechs Monaten Aufenthaltsdauer in den Unterkünften zu beschulen und nicht ständig hin- und herzureißen.

Bringt das Ganze etwas? – Ja, es bringt etwas. Die Verfahrensdauern und die Verweildauern sind wesentlich kürzer geworden. Das ist ein klarer Erfolg der Staatsregierung. Dafür noch einmal einen herzlichen Dank.

Was wir hier betreiben, trägt einen großen Teil dazu bei, dass die Bürger an unsere Rechtsstaatlichkeit glauben. Dieses Ziel verfolgen wir hier. Zudem können wir insgesamt nur so die Glaubwürdigkeit unseres Asylsystems aufrechterhalten. Hier werden schnelle Entscheidungen getroffen. Ich lege auch immer viel Wert auf die Feststellung: Es wird in Deutschland und insbesondere in Bayern beste Integration geleistet. Wenn es aber sein muss, kümmern wir uns um eine schnelle Rückführung. – Das Fazit ist: Beide Anträge sind abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Alexandra Hiersemann von der SPD-Fraktion.

Alexandra Hiersemann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion hat sich schon mehrfach zu unserer klar ablehnenden Haltung gegenüber Anker-Zentren nach dem derzeitigen bayerischen Muster geäußert. Die eigentlichen Ziele dieser Unterbringung und vor allem die Ausstattung dieser Zentren werden in Bayern nicht bzw. leider nur sehr unzulänglich umgesetzt.

Nicht nur die Art und die Dauer der Unterbringung – lieber Herr Kollege Straub, zwei bis sechs Monate ist hier Wunschdenken; ich weiß nicht, wie Sie auf diese Berechnung kommen –

(Zuruf von den GRÜNEN: Das würde ich auch gern wissen!)

in kasernenartigen Gebäudekomplexen, sondern auch die dortigen Lebensbedingungen überhaupt und die mangelnde Umsetzung der Schulpflicht – in deutscher Sprache, wohlgemerkt – für die dort wohnenden Kinder spiegeln leider nichts anderes wider als diese ständige Botschaft an die Geflüchteten: Bitte integriert euch bloß nicht

hier bei uns. – Vor allem auch Probleme des freien Zugangs von externen Beratungspersonen wie Asylsozialberatern und Rechtsanwälten werden immer wieder beklagt.

Genau deshalb, weil diese Probleme gesehen werden und sie überprüft werden müssen, haben wir dem Antrag der GRÜNEN, hierzu eine Anhörung durchzuführen, am 9. Mai im Verfassungsausschuss sehr gerne zugestimmt. Ebenso gern haben wir an der Erstellung eines mittlerweile differenzierten Fragenkatalogs von mindestens fünf oder sechs Seiten mitgewirkt, und wir versprechen uns von den Antworten der Sachverständigen sehr viel.

Diese Anhörung ist übrigens für den September vorgesehen, Frau Kollegin. Aus diesem Grund ist es mir ehrlich gesagt auch völlig unverständlich, warum Sie von den GRÜNEN nun gerade jetzt einen Antrag auf Auflösung aller bayerischen Anker-Einrichtungen stellen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Nach meiner Kenntnis haben an diesem Fragenkatalog bisher alle Fraktionen mitgewirkt. Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir mit sehr viel Einsatz mitgewirkt haben, um differenzierte Fragen zur Situation in den Anker-Zentren zu stellen – und zwar hochkarätigen Sachverständigen, wohlgemerkt.

Nun kommen Sie mit Ihrem Antrag, der sich ein paar Kritikpunkte herausgreift. Daraus muss man wohl schließen, dass die gut geplante und gut vorbereitete fachliche Anhörung und vor allem die Auswertung der Ergebnisse dieser Anhörung Sie offensichtlich nicht interessieren.

Auch die Begründung und vor allem die Überschrift Ihres Antrags helfen hier leider nicht weiter.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Überschrift ist gut!)

Die Überschrift klingt ein bisschen wie "Von Schwaben lernen, heißt siegen lernen". Nichts gegen Schwaben, aber man muss bitte dazusagen, dass die Schließung des Zentrums Donauwörth schon seit März entschieden war. Warum also jetzt mit Ihrem Antrag ein paar der Kritikpunkte – eine Kritik, die auch wir an den Anker-Zentren haben – wahllos herausgegriffen werden, erschließt sich nicht, Frau Kollegin.

Wir wollen erst die geplante Anhörung von Sachverständigen durchführen. Wir wollen zuerst die Beantwortung und Auswertung der auch von uns mit formulierten detaillierten Fragen. Wir wollen aber nicht vorweg Schnellschüsse ohne substantielle Grundlagen. Deshalb werden wir uns bei Ihrem Antrag enthalten müssen.

Der AfD-Antrag besagt, Sie würden die Herstellung der rechtsstaatlichen Ordnung wollen. Erneut versuchen Sie auf diese Art und Weise die Behauptung unters Volk zu bringen, diese Ordnung sei gestört. Das ist wirklich unglaublich. Eine derartige Behauptung in Ihrem Antrag ist wirklich unglaublich. Sie kommt ausgerechnet aus dem Munde der AfD, ausgerechnet von denen, die unseren Rechtsstaat und seine moralischen Grundlagen immer wieder angreifen, wie es zuletzt letzte Woche, von Vertretern der AfD hier im Plenum anschaulich vorgeführt worden ist. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD – Unruhe und Widerspruch bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Hiersemann, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Singer von der AfD-Fraktion.

(Zuruf: Bitte nicht!)

Ulrich Singer (AfD): Frau Kollegin Hiersemann, der frühere Ministerpräsident Horst Seehofer hat davon gesprochen, es sei keine Herrschaft des Rechts, sondern eine Herrschaft des Unrechts. Bei Herrn Hans-Jürgen Papier, der mal Präsident des Bundesverfassungsgerichts und auch Professor an der LMU in München war, habe ich Verfassungsrecht gelernt. Dieser Mann beklagt in der Migrationspolitik eine Diskre-

panz zwischen Rechtslage und Staatspraxis. Er spricht davon, dass das Grundrecht auf Asyl für Personen, die auf dem Landweg nach Deutschland eingereist sind, schlichtweg abgeschafft worden ist. Jetzt erklären Sie mir bitte, wie Sie darauf kommen, unser Rechtsstaat sei in diesem Bereich intakt.

(Florian Ritter (SPD): Hätten Sie mal im Studium besser aufgepasst! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Richtig! – Unruhe und Widerspruch bei der AfD – Zuruf: Was für ein Unsinn!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Hiersemann, bitte.

(Anhaltende Unruhe bei der AfD und Zurufe)

– Frau Hiersemann hat das Wort. Bitte.

Alexandra Hiersemann (SPD): Sehr geehrter Herr Singer, ich muss schon sagen, Sie werden mich nicht für inakzeptable Äußerungen des Bundesinnenministers verantwortlich machen. Sie müssten sich hier tatsächlich an die CSU-Fraktion wenden. Sie wiederholen mit Ihrer Zwischenbemerkung die Behauptung, die sich aus Ihrem Antrag ergibt, wir hätten keine rechtsstaatliche Ordnung.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das haben sie gesagt!)

Sie glauben, dass Sie mit Ihren Angriffen auf diese rechtsstaatliche Ordnung schon durchgedrungen wären. Seien Sie aber sicher: Wir alle – ich glaube, ich spreche für alle demokratischen Fraktionen dieses Hauses – werden uns mit aller Kraft dagegen wenden.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Hiersemann. – Das Wort hat der Kollege Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedauere zutiefst, dass mir ausgerechnet heute nur noch so wenig Redezeit zur Verfügung steht, ausgerechnet heute, da sich mir zum ersten Mal, seitdem ich dem Hohen Hause angehöre, eine Gelegenheit bietet, etwas zu tun, was sonst nicht meine Art ist, nämlich die GRÜNEN wenigstens in Teilen zu loben.

(Zurufe von den GRÜNEN: Hört, hört!)

Freuen Sie sich nicht zu früh, die Redezeit genügt, um die Kurve wieder zu kriegen. Es bietet sich mir die Gelegenheit, die GRÜNEN für zwei Aspekte ihres Antrags, die ich hervorheben möchte, zu loben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, zum einen ist Ihnen etwas gelungen, wofür wir schwäbischen Wahlkreisabgeordneten über die Grenzen aller Fraktionen hinweg eigentlich jeden Tag kämpfen. Bei Ihnen steht das in der Überschrift des Antrags: Schwaben tut Bayern gut. Bayern kann von Schwaben lernen. – Da kann ich als Schwabe Ihnen politikfeldübergreifend und unabhängig von der Asylpolitik selbstredend nur zustimmen. Das möchte ich unterstreichen.

(Tobias Reiß (CSU): Das findet keine Mehrheit! – Horst Arnold (SPD): Das ist ja Provinzpolitik!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, zum Inhalt aber, weil das nicht mehrheitsfähig sein wird: Sie haben seit der letzten Plenarsitzung einen weiteren Entwicklungsschritt durchlaufen. Denn im Rahmen der letzten Plenarsitzung haben Sie sich darüber beklagt, die regierungstragenden Fraktionen würden Anträge stellen, um die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung zu loben. Eingedenk der Tatsache, dass das Anker-Zentrum in Donauwörth, nicht aber das Anker-Zentrum in Schwaben aufgelöst wird, machen Sie heute im Kern Ihres Antrags genau das. Für dieses Lob sind wir natürlich sehr offen.

Denn die Botschaft Ihres Antrags ist: Die Bayerische Staatsregierung hält Wort. Innenminister Joachim Herrmann hat während der Gründung des Anker-Zentrums in Donauwörth angekündigt, es würde zum Ende dieses Jahres wieder aufgelöst werden. Genau das passiert jetzt. Das heißt: Unser Innenminister – ein Mann, ein Wort! Die Menschen in Bayern können sich auf die Zusagen der Bayerischen Staatsregierung verlassen.

Sie haben das kritisch begleitet. Sie haben das hinterfragt. Sie haben infrage gestellt, ob das so kommt. Heute ist klar: Die Menschen in Bayern können sich auf das Wort der Bayerischen Staatsregierung verlassen. Dieses Lob von Ihnen nehmen wir gerne entgegen. Wir sagen herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es besteht auch darüber Konsens, wohin der Weg inhaltlich gehen muss. Das ist natürlich die dezentrale Unterbringung. Ich glaube, wir haben parteiübergreifenden Konsens darüber, dass es besser gelingen würde, eine Zahl x an Asylsuchenden beispielsweise unter 500 Millionen Europäern zu integrieren als unter 13 Millionen Bayern. Nicht anders verhält es sich auch im dezentralen, regionalen Kontext. Natürlich wäre Integration erfolgreicher, wenn 800 Menschen nicht in Donauwörth, sondern dezentral untergebracht würden.

In gleicher Weise brauchen wir aber auch – damit komme ich zu den Anker-Zentren – vernünftig zusammengefasste Verwaltungs- und Rechtsstrukturen. Denn wenn wir denen helfen wollen, die wirklich unsere Hilfe brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir dafür sorgen, dass diejenigen zurückgeführt werden, die unsere Hilfe nicht brauchen. Deshalb machen Sie mit Ihrem Antrag wieder eines falsch, was wir schon gewohnt sind: Sie bekämpfen ideologisch Begriffe,

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Mehring, Sie haben Ihre Redezeit im Blick?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): bekämpfen die Anker-Zentren, sorgen aber nicht für mehr Integration. Wir haben eine Expertenanhörung. Die Experten hören wir uns gemeinsam an. Dann gilt die Einladung – die Redezeitverlängerung kommt gleich –: Lassen Sie uns die rechte, aber auch die linke Ideologie beiseiteschieben und mit gesundem Menschenverstand eine pragmatische Asylpolitik machen.

Der Antrag der AfD ist giftiger Wein in Schläuchen, die wir schon kennen. Zu diesem Antrag brauche ich gar nicht zu reden. Dieser Antrag ist abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Da kommt die Redezeitverlängerung durch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Schuberl vom BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Mach ich doch gern, Herr Kollege.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Vielen Dank dafür.

Toni Schuberl (GRÜNE): Nur eine kurze Nachfrage: Habe ich Sie richtig verstanden? Wären Sie dafür, den Namen "Anker-Zentrum" beizubehalten, das dezentralere Konzept Schwabens aber auch im Rest Bayerns umzusetzen, sodass nicht 800 Asylbewerber in einer großen Einrichtung, in einem Gebäude untergebracht, sondern auf mehrere Gebäude aufgeteilt würden?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist eine stark verkürzte Darstellung. Sie haben mich aber insoweit richtig verstanden, als es schon die Position unserer Fraktion als Teil der Bayernkoalition ist, dass wir fest davon überzeugt sind, dass die Integration derjenigen, die dauerhaft in unserem Land bleiben, in dezentralen, kleineren Strukturen besser gelingen kann. Ich bin froh und stolz, dass wir es über das neue IMS – Herr Innenminister vielen Dank, vielen herzlichen Dank dafür – geschafft haben, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diejenigen, die in Lohn und Brot stehen, auch hier bleiben dürfen und nicht, während unsere Wirtschaft unter Fachkräfteman-

gel stöhnt, ausgewiesen werden. Wir müssen aber in gleicher Weise dafür sorgen – das geht an die Adresse der GRÜNEN –, dass niemand demonstriert, wenn wir 16 überführte Straftäter ausfliegen. Ich glaube, das ist der Mittelweg des gesunden Menschenverstandes. Wir stehen für pragmatische, nicht für ideologische Asylpolitik.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie stimmen also zu!)

In unseren Augen soll, wer in unserem Land Leistungsträger ist und in Lohn und Brot steht, gute Bleibechancen haben. Wer sein Bleiberecht aber missbraucht, muss mit der gleichen Deutlichkeit ausgewiesen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Sie stimmen also zu!)

– Wenn das ein Spurwechsel ist, den Sie uns zurechnen, nehme ich das gern als Kompliment entgegen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Mehring. – Für die FDP-Fraktion hat ihr Vorsitzender Martin Hagen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, ich kann mich sehr kurz fassen; denn ich finde aus einem ganz einfachen Grund, dass wir uns hier nicht über Sinn oder Unsinn von Anker-Zentren unterhalten sollten: Wir haben eine Expertenanhörung angesetzt. Es war gerade auch ein Anliegen der GRÜNEN, diese Expertenanhörung im Verfassungsausschuss durchzuführen. Ich finde es unwürdig, einer Expertenanhörung vorzugreifen, indem wir sagen, wir stimmen jetzt schon darüber ab, weil wir ja eigentlich schon wissen, was dabei herauskommt.

(Hans Herold (CSU): Das stimmt! – Alexander König (CSU): Wo er recht hat, hat er recht!)

– Genau so ist es. Momentan wird auf Bundesebene eine Evaluierung zur Kooperation von Bundesinnenministerium, BAMF und den Bundesländern durchgeführt. Warten wir doch einfach einmal ab, was da herauskommt.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Auch wir haben unsere Befürchtungen, was die Anker-Zentren angeht. Wir sehen da Chancen, sehen aber auch Gefahren. Gucken wir doch einfach mal, was die Experten sagen, und lassen Sie uns dann im Lichte der Erkenntnisse urteilen.

(Alexander König (CSU): Kommt darauf an, welche Experten ihr eingeladen habt!
Das ist immer so!)

Lassen Sie uns dem nicht durch einen Schnellschuss vorgreifen. Wir werden deswegen dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Hagen. – Das Wort hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gegenstand des Dringlichkeitsantrags der Fraktion der GRÜNEN ist es – man muss schon sagen: wieder einmal –, die Auflösung der Anker-Einrichtungen und eine dezentrale Unterbringung der Asylsuchenden in Bayern zu fordern.

Frau Kollegin Demirel, unabhängig von dieser Forderung, auf die ich gleich zurückkomme, muss ich aber schon feststellen: Die Art und Weise, der Stil und die Wortwahl, mit der Sie vorhin in die Diskussion eingestiegen sind, lassen meines Erachtens inzwischen jeden Bezug zur Realität in der Bundesrepublik Deutschland vermissen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erstens. Sie haben sicherlich die weltweiten Veröffentlichungen während der letzten Wochen mitverfolgt, in denen ausdrücklich festgestellt wurde, dass es nach wie vor, auch in den Jahren 2018 und 2019, in ganz Europa kein anderes Land gibt, das so viele Flüchtlinge wie die Bundesrepublik Deutschland aufnimmt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Und keines, das so hohe Sozialleistungen bezahlt wie wir! – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, das ist die humanitäre Realität in diesem unserem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Zweitens. Frau Kollegin Demirel, es gibt in Europa kein anderes Land, das für den einzelnen Flüchtling, für Betreuung, Beschulung und Unterbringung, finanziell so viel aufwendet wie die Bundesrepublik Deutschland.

(Alexander König (CSU): So ist es! Genau!)

Man kann über jeden einzelnen Punkt reden. Hier aber zu behaupten und den Leuten zu suggerieren, es würde hier in Bayern etwas besonders Schlechtes passieren, das ist doch eine Unverschämtheit gegenüber all denen, die sich gerade für diese Flüchtlinge in unserem Land engagieren. Unsere Unterkünfte sind in keinem Punkt schlechter als die in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Das ist üble Stimmungsmache!)

Nun zum eigentlichen Inhalt der vorliegenden Anträge: Hier liegt nach wie vor eine Reihe von Missverständnissen vor. Das erste Missverständnis fängt damit an, dass die Bayerische Staatsregierung angeblich vom Anker-System in Schwaben abrücken würde. – Das ist nicht der Fall. Weder in Schwaben noch sonst wo rücken wir davon ab, denn diese Anker-Einrichtungen haben sich bewährt. Bayern ist im August vergan-

genen Jahres auf der Grundlage des Koalitionsvertrages als bundesweiter Vorreiter mit sieben Anker-Einrichtungen an den Start gegangen. Unser Ziel war und ist, die Asylverfahren zu beschleunigen, sodass die Asylantragsteller schneller Klarheit über ihre Bleibeperspektiven erhalten.

Erreicht wird dies, indem in den Anker-Einrichtungen alle maßgeblichen Akteure unter einem Dach gebündelt sind. Dieses Ziel haben wir erreicht. Die Anker-Einrichtungen sind gut angelaufen. Die Asylverfahrensdauer hat sich in den bayerischen Anker-Einrichtungen nach Auskunft des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge auf inzwischen durchschnittlich zwei Monate reduziert. In den anderen Erstaufnahmeeinrichtungen sind es rund drei Monate. Auch das ist ein bemerkenswerter Fortschritt.

Ich darf darauf hinweisen, dass wir eine Schutzquote von über 30 % haben. Die Zahl schwankt zwischen 32 und 35 %. Für diese über 30 % ist nach durchschnittlich zwei Monaten das Verfahren positiv beendet. Die bekommen einen Anerkennungsbescheid und haben die Gewissheit, dass sie hier bleiben dürfen. Sie dürfen die Anker-Einrichtung sofort verlassen. Sie können sich nach einer Wohnung und einem Arbeitsplatz umschauen. Wir zwingen sie allerdings nicht, die Einrichtung zu verlassen, weil manche nicht schon am nächsten Tag eine Wohnung gefunden haben. Das ist unser humanitärer Ansatz. Wir setzen sie nicht auf die Straße und sagen: Schau, wo du bleibst. Sie dürfen in der Tat nach eigenem Willen in den Einrichtungen bleiben, bis sie anderweitig Unterkunft gefunden haben. Über 30 % haben nach zwei Monaten die Gewissheit, dass sie anerkannt sind und selbst über ihren weiteren Weg bestimmen können. Das ist schon einmal ein großartiger Erfolg. Über den reden Sie leider überhaupt nicht. Das ist ein großartiger Erfolg, ein Fortschritt im Interesse der betroffenen Menschen.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Das macht die GRÜNEN sprachlos!)

Dann wollen Sie überhaupt nicht wahrhaben, dass die anderen 60 bis 65 % vom Bundesamt – nicht von uns in Bayern! – einen negativen Bescheid bekommen. Der ist zu-

nächst einmal zu respektieren. Wir haben in Deutschland mehr als in fast allen anderen Ländern Rechtswegegarantien. Jeder hat bei uns das Recht, Klage zum Verwaltungsgericht zu erheben. Ich habe großen Respekt davor.

Jetzt sind wir beim zweiten Missverständnis, das hier ständig verbreitet wird. Sie erwecken den Eindruck, dass die Anker-Einrichtungen ein bayerischer Sonderweg seien. Das ist nicht der Fall, weil die Anker-Einrichtungen im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD im Februar 2018 auf Bundesebene vereinbart wurden. Dass die SPD jeden, der solche Verträge unterschreibt, inzwischen innerhalb von zwei Jahren austauscht, sodass man sich darüber streiten kann, was die Unterschrift von Frau Nahles noch wert ist, ist ein Problem, über das andernorts diskutiert werden muss. Es gibt aber einen gültigen Koalitionsvertrag, in dem das steht. Wir fühlen uns daran auch gebunden, wir haben uns dafür eingesetzt.

Unabhängig von diesem Koalitionsvertrag ist es seit jeher geltendes Bundesrecht, dass Asylantragsteller grundsätzlich für die Zeit der Asylantragstellung, gegebenenfalls inklusive des weiteren Rechtswegeverfahrens, in einer Aufnahmeeinrichtung unterzubringen sind. Das Bundesgesetz sieht als Normalfall vor, dass man bis zum Abschluss des Verfahrens in der Aufnahmeeinrichtung bleiben muss.

(Alexander König (CSU): Ein bisschen Aufklärung schadet überhaupt nicht!)

Dabei ist es egal, ob auf dem Türschild Anker-Einrichtung, Erstaufnahmeeinrichtung oder was auch immer steht. Das Bundesgesetz sieht vor, dass im Regelfall jemand bis zum Ende des Verfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung bleibt.

(Alexander König (CSU): Frau Schulze schläft jetzt gleich ein!)

Das ist ein Bundesgesetz, das stand schon so im Gesetz, als es in Berlin noch eine rot-grüne Bundesregierung gab. Ich will damit nur Klarheit über die Rechtsgrundlagen schaffen, über die wir hier reden. Bedauerlich ist, dass solche Tatsachen von Ihnen nicht zur Kenntnis genommen werden.

Das dritte Missverständnis: In Schwaben gebe es zukünftig keine Anker-Einrichtung mehr. Ich darf Ihnen sagen, das ist nicht der Fall. Die Anker-Einrichtung in Schwaben besteht ab dem 1. Januar 2020 aus dem Behördenzentrum in Augsburg und mehreren Unterkunftsdependancen in anderen Teilen Schwabens. Entscheidend für das Anker-Zentrum ist, dass die beteiligten Behörden weiterhin unter einem Dach bleiben. Daran halten wir auch weiter fest. Übrigens gibt es in mehreren anderen Regierungsbezirken auch Anker-Einrichtungen mit Dependancen. Nur in Oberfranken und in Unterfranken gibt es das nicht, weil uns dort vom Bund frühere amerikanische Kasernen in einer Größe zur Verfügung gestellt wurden, dass wir dort alle gemeinsam unterbringen können. Wir müssen uns auch mit den vorhandenen Immobilien befassen. In Schwaben gibt es nach dem versprochenen Auszug aus Donauwörth keine andere vergleichbare frühere Kasernenimmobilie mehr.

Meine Damen und Herren, hier wurde behauptet, man brauche die Einbindung der ehrenamtlichen Integrationslotsen. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Damit rennen Sie nun wirklich völlig offene Türen ein. In allen Anker-Einrichtungen sind Ehrenamtliche tätig. Ich begrüße das außerordentlich. An die Helferinnen und Helfer möchte ich an dieser Stelle meinen ganz besonderen Dank richten. Vielen Dank für dieses Engagement!

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte aber auch um Verständnis, dass im Interesse der Flüchtlinge und Asylbewerber in diesen Einrichtungen nicht jeder nach Belieben rein- und rausspazieren und behaupten kann, er sei Helfer und deshalb möchte er in die Einrichtung hinein. Wir haben schon schlimme Erfahrungen mit Neonazis gemacht. So funktioniert es nicht. Das muss vorher abgesprochen werden. Es muss festgelegt werden, wer zu einer bestimmten Helferorganisation gehört, und dann können die weiteren Schritte vereinbart werden.

Zu den Integrationslotsen kann ich nur sagen, dass wir seit dem 1. Januar 2018 bayernweit Integrationslotsen fördern. Inzwischen gibt es schon in 83 Kommunen solche Helferinnen und Helfer und Unterstützer. Wir wollen mit diesen Integrationslotsen unseren Ehrenamtlichen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Ich bin dankbar, dass die Expertenanhörung von der SPD und von der FDP angesprochen worden ist. Das sind alles Dinge, die ausführlich bei dem vorgesehenen Hearing dargelegt werden, und dann kann man in Ruhe darüber sprechen.

Eine letzte Bemerkung zu dem Thema Beschulung. Das bitte ich schon auch noch einmal realistisch zu betrachten. Unter den Kindern der Asylbewerber, die zu uns kommen, gibt es nahezu keines, das bei der Ankunft Deutsch spricht. Es ergibt doch keinen Sinn, Tausende von Kindern, die kein Wort Deutsch sprechen, einfach in die Regelschulen zu schicken und zu sagen: Schaut einmal, wie ihr mit ihnen zurechtkommt. – Das ist doch grober Unfug.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diesen Kindern muss ich zuerst vernünftig Deutsch beibringen, und erst dann kann ich über die weitere Beschulung reden. Dieses Angebot findet für alle statt. Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, diese Anträge abzulehnen. Sie führen nicht weiter. Wir wollen unsere Politik im Interesse der Flüchtlinge konstruktiv fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Sehr gute Rede!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2845 – das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die GRÜNEN. Gegenstimmen! – Gegenstimmen der

FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP, der AfD sowie der beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen? – Enthaltung der SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt. Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/2878. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17:50 bis 17:55 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Auszählung der Stimmkarten findet außerhalb des Plenarsaals statt.

Ich gebe Ihnen noch bekannt, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/2846 mit 18/2850 sowie die Drucksachen 18/2879 mit 18/2881 in die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden.

Außerdem darf ich Ihnen bekannt geben, dass der letzte Tagesordnungspunkt, die Listennummer 21 der Anlage zum Tagesordnungspunkt 7, in der nächsten Sitzung aufgerufen wird. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass heute keine Beratung mehr stattfindet, da es kurz vor 18:00 Uhr ist. Solange die Stimmkarten ausgezählt werden, unterbreche ich die Plenarsitzung.

(Unterbrechung von 17:55 bis 17:57 Uhr)

Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ebner-Steiner, Maier, Singer und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "ANKER-Einrichtungen durch konsequente Rückführung überflüssig und Schwaben zur Modellregion für Remigration machen", Drucksache 18/2878, bekannt. Mit Ja haben 18 gestimmt, mit Nein haben 132 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir haben damit die Tagesordnung abgearbeitet. Ich danke Ihnen, dass Sie so lange ausgeharrt haben, und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:57 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.07.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer und Fraktion AfD; ANKER-Einrichtungen durch konsequente Rückführung überflüssig und Schwaben zur Modellregion für Remigration machen (Drucksache 18/2878)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes		X	
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger			
Dünkel Norbert			
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	18	132	0